

■ Berufsansetzen: Ärzte legen zu

Mediziner sind nach Einschätzung der deutschen Bevölkerung besonders vertrauenswürdig. Das Ansehen ist in den letzten Jahren sogar weiter angestiegen. 78 Prozent der Bevölkerung zählen den Arzt zu denjenigen Berufen, vor denen sie besondere Achtung haben. Der Abstand zu anderen Berufen hat sich damit weiter vergrößert. Im Jahr 2003 waren es noch sechs Prozent weniger. Dies zeigt der Vergleich der jüngst veröffentlichten Allensbacher Berufsprestige-Skala 2008. An zweiter Stelle steht der Beruf des Pfarrers (39 Prozent). Der Hochschulprofessor (34 Prozent) und der Grundschullehrer (33 Prozent) rangieren an dritter und vierter Stelle der aktuellen Allensbacher Studie. Ein dauernder Prestigeverlust kennzeichnet den Beruf des Politikers. Einen Höhepunkt des allgemeinen Berufsansehens für Politiker gab es Anfang der 70er Jahre. Damals bekundeten 27 Prozent der Westdeutschen ihren besonderen Respekt vor dem Politikerberuf. Zur Zeit tun dies nur noch sechs Prozent in Westdeutschland und sieben Prozent in Ostdeutschland. Die Frage, die das Institut für Demoskopie Allensbach seit 1966 in einem Mehrjahresrhythmus an die Bevölkerung richtet, lautet: „Hier sind einige Berufe aufgeschrieben. Könnten Sie bitte die fünf davon herausuchen, die Sie am meisten schätzen, vor denen Sie am meisten Achtung haben?“ Den Befragten wird dabei eine Liste mit siebzehn Berufen vorgelegt. ik/Allensbach

■ Ausgezeichnet: Innovatives Versicherungskonzept

Rainer Grundheber, Vorstand der Assekuranz AG, wurde im Februar mit dem Innovationspreis des Berufsverbands der Frauenärzte e.V. (BVF) ausgezeichnet. Der Versicherungsspezialist erhielt den Preis für ein gemeinsam mit dem BVF entwickeltes Versicherungskonzept. Die Idee dazu stammt aus den 90er Jahren. Zu dieser Zeit stiegen die Haftpflichtprämien für Gynäkologen, insbesondere für operativ und geburtshilflich Tätige. Haftpflichtprämienvorstellungen für Geburtshelfer in Höhe von bis zu 40.000 DM drohten. Ziel des ausgezeichneten Konzepts war es, aus den im Berufsverband zusammengeschlossenen Mitgliedern eine Versicherungsgemeinschaft zu bilden, die sich der Qualitätssicherung verpflichtet. Nach nur knapp vier Monaten Entwicklungszeit wurde ein Rahmenvertrag mit namhaften Versicherern abgeschlossen. Die Prämien lagen deutlich unter den zu diesem Zeitpunkt am Markt üblichen

Sätzen. Für die niedergelassenen Frauenärzte waren sie damit wieder bezahlbar, eine flächendeckende geburtshilfliche Versorgung war gewährleistet. Bereits in den ersten Wochen nach den Vertragsunterzeichnungen im August 1995 machten über 1 000 BVF-Mitglieder von dieser Lösung antragsmäßig Gebrauch. „Unternehmerisches Risiko, kluge Voraussicht verbunden mit einem hohen Maß an Verständnis für die Belange der Frauenärztinnen und Frauenärzte sind die Elemente, die Rainer Grundheber und seine Arbeit auszeichnen“, so der Vorstand des BVF zur Preisverleihung. Das Konzept läuft seit über zwölf Jahren. Auch die Versicherungsvermittlungsgesellschaft der Bayerischen Landes Zahnärztekammer arbeitet mit der Assekuranz AG seit vielen Jahren erfolgreich zusammen. ik/BVF

■ Landtagswahl: Dr. Heubisch kandidiert

Dr. Wolfgang Heubisch, Präsident des Verbands Freier Berufe in Bayern und früherer Vizepräsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, wurde im März von der Delegiertenversammlung der FDP als Kandidat für die bayerische Landtagswahl im Herbst nominiert. Der Präsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, Michael Schwarz, gratulierte dem Münchner Zahnarzt und hofft, dass der Berufsstand Heubisch tatkräftig unterstützt. Mit seinem Engagement für die Freiberuflichkeit hat sich der Politiker über die Grenzen Bayerns hinaus hohes Ansehen verschafft. ik

■ HDZ: 10-Euro-Spende

Die Stiftung Hilfswerk Deutscher Zahnärzte für Lepra- und Notgebiete (HDZ) hat anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens dazu aufgerufen, die weltweiten Hilfsaktionen auf ein sicheres finanzielles Standbein zu stellen. In der Vergangenheit wurde die Stiftung vor allem durch Zahngoldspenden getragen. Da der Zahngoldverbrauch jedoch stetig abnimmt, verringern sich die Einnahmemöglichkeiten für das HDZ. Deshalb hat das HDZ alle Zahnärztinnen und Zahnärzte dazu aufgerufen, einen jährlichen Beitrag von zehn Euro zugunsten des Stiftungskapitals zu leisten.

Die Bankverbindung lautet: Stiftung HDZ für Lepra- und Notgebiete, Deutsche Apotheker- und Ärztebank, Hannover, allgemeines Spendenkonto: 000 4444 000; Konto für Zustiftungen: 060 4444 000, BLZ: 250 906 08. Weitere Informationen zum HDZ unter www.hilfswerk-z.de. ik/HDZ

■ Zahnersatz-Auktionsportal unzulässig

Das Internetportal „2te Zahnarztmeinung.de“ ist wettbewerbswidrig und verstößt gegen das Berufsrecht der Zahnärzte. Das stellte das Oberlandesgericht (OLG) München am 13. März fest. Bei der Vermittlung einer Zahnersatz-Versorgung über das Internet finde auch keine persönliche Untersuchung statt, kritisierte das Gericht. Darüber hinaus werde das Zahnarztthonorar gedrückt. 20 Prozent des Gesamthonorars müsse der Zahnarzt bei Vermittlung an die Internetplattform zahlen. Das sei allein durch günstige Laborarbeiten nicht zu kompensieren. Der Zahnarzt müsse folglich Abstriche bei seiner Leistung machen. Das könne die Qualität der Versorgung beeinträchtigen. Der Vorsitzende der KZVB Dr. Janusz Rat und sein Stellvertreter Dr. Martin Reißig hatten als Kläger bereits Mitte November 2006 vor dem Landgericht München I Recht bekommen. Die Betreiber des Internetportals waren daraufhin in Berufung gegangen. Bei Redaktionsschluss lag das OLG-Urteil noch nicht schriftlich vor, die Entscheidung war noch nicht rechtskräftig. (Weitere Infos: www.kzvb.de)

js

■ Europäische Ärztevereinigung kritisiert Einfluss der E-Health-Branche

Der „Ständige Ausschuss der Europäischen Ärzte“ (CPME) hat den Einfluss der E-Health-Industrie auf die europäische Gesundheitspolitik kritisiert. Demnach werde in Europa der Wettbewerbsfähigkeit der Branche Vorrang vor der Frage eingeräumt, welchen Nutzen die Telemedizin für Patienten und die Gesundheitssysteme habe. Dies erklärte der Vorsitzende des CPME-Unterausschusses für den Bereich Gesundheitswesen, Sozialversicherungssysteme und Gesundheitsökonomie, Daniel Mart, in einem Interview mit dem Internetdienst euractiv. Er wies darauf hin, dass der Medizinsektor nicht mit den meisten anderen elektronischen Anwendungen oder Technologien zu vergleichen sei. Mart betonte, es handele sich hierbei um eine sehr sensible Angelegenheit, mit spezifischen Bedürfnissen im Hinblick auf Datenschutz und Vertraulichkeit bei der Übermittlung von Daten.

ho

■ Bundesdatenschutzbeauftragter gegen Online-Durchsuchungen bei Ärzten

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar fordert das Verbot von Online-Durchsuchungen bei Medizinern, Geistlichen und Strafverteidigern. Die Computer von Personen mit besonderem Zeugnisverweigerungsrecht dürften nicht ausgespäht werden, meinte Schaar laut Medienberichten. Er verwies auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG), wonach verdeckte Online-Ermittlungen nicht ohne konkreten Verdacht möglich sind. Der Bundesdatenschützer folgerte, um technische Manipulation zu verhindern, seien rechtliche Änderungen nötig. Zu schützen seien nicht nur Daten auf privaten und betrieblichen Festplatten, sondern auch Daten, die bei Web-services abgelegt sind. Auch Handys stehen nach Schaars Einschätzung unter dem Schutz.

js

■ Deutsche wissen zu wenig über Parodontalerkrankungen

Das Wissen der Deutschen um Ursachen und Folgen der Parodontitis ist unzureichend und bruchstückhaft. Das ergab die Untersuchung „Parodontitisrelevantes Wissen in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland – Ergebnisse einer Repräsentativerhebung“, die das Institut der Deutschen Zahnärzte gemeinsam mit den Universitäten Gießen und Dresden im Auftrag der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und der Bundeszahnärztekammer durchgeführt hatte. In der Umfrage konnten mehr als 60 Prozent der 1001 Befragten spontan keine Folgerisiken der Parodontitis benennen. Der Zusammenhang zwischen unzureichender Mundhygiene und der Entstehung von Parodontalerkrankungen war fast 70 Prozent der Befragten nicht bewusst. Die Wissenschaftler fordern deshalb eine verstärkte „erkrankungsadäquate Aufklärung der Bevölkerung“.

ho